Satzung des Bridgezentrum Berlin

§1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen Bridgezentrum Berlin
2. Er hat seinen Sitz in Berlin.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
4. Der Verein soll in das Vereinsregister aufgenommen werden. Nach der Eintragung führt er den Zusatz „e.V.“.

§2 Zweck des Vereins

Das „Bridgezentrum Berlin“ nachfolgend Verein genannt - hat den Zweck den Bridgesport auf gemeinnütziger Grundlage nach den international anerkannten Regeln zu pflegen und zu fördern und zur Verwirklichung insbesondere Lern-, Spiel- und Trainingsmöglichkeiten anzubieten.

Insbesondere möchte der Verein das Bridgespiel im ehemaligen Ostberlin fördern.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel, die dem Verein zufließen, dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Der Verein ist politisch und konfessionell neutral.

§ 3 Verbandsmitgliedschaft

Nach seiner Aufnahme ist der Verein ein Mitgliedsverein des Deutschen Bridge-Verbandes e.V. (DBV).

Mit der Aufnahme in den DBV erkennt der Verein die Satzung des DBV in ihrer jeweiligen Fassung an, und er sowie seine Mitglieder verpflichten sich, die Beschlüsse der Hauptversammlung des DBV anzuerkennen und entsprechend auszuführen. Der Verein verpflichtet sich ferner, die vom DBV geforderten Bestimmungen in seine Satzung aufzunehmen.

Die Aufnahme in den DBV begründet gleichzeitig die Mitgliedschaft als Mitgliedsverein in dem für den Verein zuständigen Bezirk/Landesverband des DBV. Für diese Mitgliedschaft gelten die Regelungen des vorstehenden Absatzes entsprechend.

Verbandsrecht des DBV geht vor Bezirksrecht/Landesverbandsrecht und dieses geht vor Vereinsrecht.

§ 4 Mitgliedschaft

Der Verein umfasst

- a) ordentliche Mitglieder über 18 Jahre
- b) Jugendmitglieder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr
- c) Ehrenmitglieder.

Die Mitgliedschaft wird durch Aufnahme erworben. Der Antrag auf Aufnahme in den Verein ist schriftlich an den Vorstand zu richten, der über die Aufnahme entscheidet. Die Aufnahme bedarf einer einfachen Mehrheit im Vorstand. Mit der Aufnahme erkennt das Mitglied die Satzung des Vereins an.

Zu Ehrenmitgliedern können solche Personen ernannt werden, die sich besondere Verdienste um den Verein erworben haben. Die Ernennung erfolgt durch Beschluss der Mitgliederversammlung mit 3/4 Mehrheit.

Die Mitgliedschaft erlischt

- durch Tod
- durch Austritt, der schriftlich mit einer Frist von 3 Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres erklärt werden muss.
- durch Ausschluss durch die Mitgliederversammlung wegen
 - a) eines schweren Verstoßes gegen die Satzung, eine Ordnung oder einen Beschluss des Vereins, des DBV oder des Bezirks/Landesverbandes;
 - b) einer schweren Schädigung des Ansehens oder einer erheblichen Verletzung der Interessen des Vereins, des DBV oder des Bezirks/Landesverbandes oder eines derer Organe.
 - c) des Zahlungsrückstandes von Zahlungsverpflichtungen um mehr als 3 Monate, wenn zuvor zweimal mit einer Frist von jeweils drei Wochen die fällige Zahlung angemahnt worden ist.

Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Für den Ausschluss ist eine 2/3 Mehrheit erforderlich.

Mit dem Ausscheiden aus dem Verein erlöschen alle Ansprüche dem Verein gegenüber, die aus der Mitgliedschaft erwachsen.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

Die Mitglieder haben die Satzung, die Ordnungen und Beschlüsse des Vereins zu befolgen, sie unterliegen der Vereins-, Bezirks/Landesverbands- und DBV-Gerichtsbarkeit. Der ordentliche Rechtsweg ist erst zugelassen, wenn alle Rechtsmittel der Vereins bzw. Verbandsgerichtsbarkeit ausgeschöpft sind.

Die Mitglieder haben das Recht, an den Mitgliederversammlungen des Vereins teilzunehmen, Anträge zu stellen und vom vollendeten 14. Lebensjahr an das Stimmrecht auszuüben. Jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stimme, die es nur persönlich abgeben kann.

Das passive Wahlrecht kann nur ein volljähriges Mitglied wahrnehmen.

Die Mitglieder haben die in der Mitgliederversammlung festgesetzten Beiträge jährlich im Voraus zu entrichten.

Ehrenmitglieder zahlen keine Beiträge.

Die Mitglieder haben Anspruch auf alle Leistungen, die sich unmittelbar oder mittelbar aus dem Satzungszweck ergeben. Sie können verlangen, dass die finanziellen, sachlichen und sonstigen Mittel des Vereins gerecht und zum gleichmäßigen Wohle aller Mitglieder verwendet werden.

§ 6 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

1. die Mitgliederversammlung.
2. der Vorstand

§ 7 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins. In ihr nehmen die Mitglieder ihre Rechte wahr.

Die Mitgliederversammlung ist insbesondere zuständig für die Wahl der Mitglieder des Vorstandes, die Wahl der Kassenprüfer, die Genehmigung des Jahresabschlusses, die Entlastung des Vorstandes, die Ernennung von Ehrenmitgliedern, die Festsetzung der Beiträge, die Änderung der Satzung, die Auflösung des Vereins.

Die ordentliche Mitgliederversammlung findet jährlich, nach Möglichkeit im vierten Quartal statt. Ort und Zeit der Versammlung werden vom Vorstand bestimmt und mindestens acht Wochen vorher mitgeteilt. In einer Mitgliederversammlung zu behandelnde Satzungsänderungsanträge müssen mindestens sechs Wochen vorher, sonstige Anträge mindestens eine Woche vorher dem Vorstand schriftlich mit Begründung eingereicht werden.

Die Einladung der Mitglieder zu einer Mitgliederversammlung hat vom Vorstand unter Angabe der Tagesordnung schriftlich mindestens vier Wochen vorher zu erfolgen.

§ 8 Der Vorstand

Den Vorstand bilden

- a) der/die Vorsitzende
- b) der/die Sportwart/in
- c) der/die Kassenwart/in

Es ist zulässig, mehrere Ämter in Personalunion auszuüben.

Die Mitgliederversammlung kann durch einfache Mehrheit beschließen, dass Beisitzer/innen hinzutreten.

Vorstand im Sinne des §26 BGB sind der/die Vorsitzende, der/die Sportwart/in und der/die Kassenwart/in, die den Verein gerichtlich und außergerichtlich vertreten.

Jede(r) hat das Alleinvertretungsrecht.

§ 9 Amtsdauer des Vorstands

Die Amtsdauer des Vorstands beträgt zwei Jahre. Er bleibt bis zur Neuwahl im Amt.

Scheidet ein Mitglied innerhalb seiner Amtszeit aus, so muss in der nächsten Mitgliederversammlung für den Rest der Amtszeit eine Ersatzwahl vorgenommen werden.

Jede(r) Gewählte kann in einer Mitgliederversammlung durch Beschluss von drei Viertel der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder seines/ihrer Amtes enthoben werden.

§ 10 Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung

Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Er ist dazu verpflichtet, wenn mindestens 1/5 der Mitglieder dies schriftlich mit Angabe des Grundes beantragt haben.

§ 11 Aufgaben des Vorstands

Der Vorstand ist verantwortlich für die Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung und für die ordnungsgemäße Verwaltung aller Ämter. Scheidet ein Mitglied des Vorstandes oder ein

Kassenprüfer vorzeitig aus, so bestimmt der Vorstand eine Ersatzperson, die die Aufgabe des/der Ausgeschiedenen bis zur nächsten Mitgliederversammlung übernimmt.

Der Vorstand ist bei Bedarf durch den/die Vorsitzende(n), im Verhinderungsfall durch dessen/deren Stellvertreter/in, einzuberufen. Die Einladung hat in der Regel acht Tage vorher schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung zu erfolgen. In Ausnahmefällen genügt eine Frist von zwei Tagen bei telefonischer Bekanntgabe. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Der Vorstand beschließt mit Stimmenmehrheit, soweit die Satzung nichts anderes besagt. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des die Vorstandssitzung leitenden Vorstandsmitglieds den Ausschlag.

Über jede Sitzung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von dem die Sitzung leitenden Vorstandsmitglied und dem/der Protokollführer/in zu unterzeichnen ist. Die Niederschriften sind aufzubewahren. Ihr Inhalt ist den Mitgliedern an dem auf die Vorstandssitzung folgenden Spielabend kurz mitzuteilen. Jedes Mitglied hat das Recht, auf Verlangen das Vorstandsprotokoll einzusehen.

Die Mitglieder des Vorstandes üben ihre Ämter ehrenamtlich aus.

§ 12 Kassenprüfer

Die Kasse des Vereins ist mindestens einmal im Jahr von zwei Kassenprüfer/innen zu prüfen.

Diese stellen fest, ob die Buchführung des Vereins ordnungsgemäß im Sinne der steuerlichen Vorschriften erfolgt ist und ob die Mittel nach den Grundsätzen einer sparsamen Haushaltsführung und ausschließlich für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet wurden.

Die Kassenprüfer/innen haben die Mitgliederversammlung über das Ergebnis ihrer Prüfung zu unterrichten. Sie dürfen dem Vorstand nicht angehören; ihre Amtszeit beträgt ein Jahr.

Kassenprüfer/innen dürfen nur einmal unmittelbar wieder gewählt werden.

§ 13 Notwendige Mehrheiten in der Mitgliederversammlung

Jede ordnungsgemäß anberaumte (ordentliche und außerordentliche) Mitgliederversammlung ist beschlussfähig. Sie beschließt über Anträge mit einfacher Mehrheit, soweit diese Satzung nichts anderes besagt.

§ 14 Satzungsänderungen

Die Mitgliederversammlung kann mit einer Mehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen Satzungsänderungen beschließen. Die Vorschrift des § 16 bleibt unberührt. Beschlüsse über Satzungsänderungen, die steuerliche Auswirkungen haben können, dürfen erst getroffen werden, nachdem das zuständige Finanzamt die steuerliche Unbedenklichkeit bestätigt hat.

§ 15 Protokoll der Mitgliederversammlung

Zu jeder Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das Ort und Tag der Versammlung, die Bezeichnung des/der Vorsitzenden und des/der Protokollführer(s)/in, die Zahl der erschienenen Mitglieder, die Feststellung der satzungsgemäßen Berufung der Versammlung, die Tagesordnung sowie alle gefassten Beschlüsse enthält.

§ 16 Auflösung des Vereins

Die Auflösung des Vereins kann nur auf einer besonderen, hierzu einberufenen Mitgliederversammlung erfolgen. Die Auflösung kann mit einer Mehrheit von 4/5 der abgegebenen Stimmen beschlossen werden.

§ 17 Steuerliche Vermögensbildung

Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zwecks ist das Vermögen des Vereins unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden. Die Mitgliederversammlung beschließt, wer das Vermögen des Vereins erhalten soll und für welchen Zweck es zu verwenden ist. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung dürfen erst ausgeführt werden, nachdem das zuständige Finanzamt seine Zustimmung erteilt hat.

§ 18 Liquidation

Im Falle der Auflösung des Vereins erfolgt die Liquidation durch den Vorstand als Liquidator.

§ 19 Inkrafttreten

Diese Satzung wurde von der Gründungsversammlung des Vereins am 6.10.2005 in, 10119 Berlin, Zionskirchstraße 16, beschlossen.

Sie tritt am 6.10.2005 in Kraft.

Es wird hiermit bescheinigt, daß vor-
stehendes Verein-Satzungsänderung-
heute in das Vereinsregister unter
bei-Nummer 25054-N eingetragten
worden ist.
Berlin-Charlottenburg, den 22 NOV. 2005
Ditt-Witz Justizangestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstel-
le des Amtsgerichts Charlottenburg
Abteilung 95